

Kopiervorlage Inklusive Bildung – hat die Sonderschule ausgedient?

Artikel 1: OTS Meldung zum Leitartikel der TIROLER TAGESZEITUNG, 2.2.2012, von Marco Witting: „Sonderschulen müssen bleiben“

www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120201_OTS0268/tiroler-tageszeitung-leitartikel-donnerstag-2-februar-2012-von-marco-witting-sonderschulen-muessen-bleiben
Ein radikaler Umbau ist wegen des Schulsystems nicht möglich. Doch es besteht dringender Handlungsbedarf: Kinder mit Migrationshintergrund und schlechten Deutschkenntnissen werden zu oft in Sonderschulen untergebracht.

Abschaffen oder nicht. Sonderschule oder Inklusion. Zwei Möglichkeiten, zwei Systeme, zwei grundverschiedene Anschauungen. 2008 hat die Republik Österreich die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert und sich damit verpflichtet, Kinder nicht aufgrund einer Behinderung vom Schulbesuch auszuschließen. Seither wird über dieses Thema heiß diskutiert, eine klare Linie – wie in vielen Schulfragen – fehlt aber. Denn schon alleine, ob die aktuelle Situation dieser Konvention nicht doch irgendwie entspricht, ist im Ministerium ein Streitfall. Auch um die Art und Weise einer möglichen Weiterentwicklung wird zwischen Bund und Ländern, Unterrichtsministerium und Landesschulräten gerungen. Seit Monaten ohne Ergebnis. Dabei fällt bei den Gegnern der Sonderschule immer das Schlagwort Inklusion. Das bedeutet, dass jedes Kind – egal mit welcher Form von Defizit – durch geeignete Unterrichtsmaßnahmen in der Regelschule aufgefangen wird. Ein rasches bzw. generelles Abschaffen der Sonderschule ist jedoch weder ratsam noch möglich. Dazu fehlen derzeit die Voraussetzungen im Schulsystem. Dazu fehlt es an Stützlehrern oder der Nachmittagsbetreuung – und an einer klaren Richtung, an der sich verängstigte Lehrer und Eltern orientieren können. Und ein radikaler Schnitt ohne Übergangsfristen würde letztlich dazu führen, dass Kinder mit speziellen Bedürfnissen auf der Strecke bleiben. Ohne geeignete Betreuung wären sie zwar in der Regelschule dabei – aber nur außen vor und nicht mittendrin. Doch an anderer Stelle gibt es dringenden Handlungsbedarf. Zu oft werden in Tirol augenscheinlich Kinder mit Migrationshintergrund und mangelnden Deutschkenntnissen in Sonderschulen untergebracht. Es scheint, als müssten die vorhandenen Plätze (im Verhältnis sind es mehr als in anderen Bundesländern, Südtirol hat beispielsweise gar keine) aufgefüllt werden. Hier muss sich die Politik schleunigst etwas anderes einfallen lassen und diese Schüler – durchaus begabte Jugendliche – in das Regelsystem integrieren. Auch sozial benachteiligte Kinder sind in diesem Schultyp nach Ansicht von etlichen Experten überrepräsentiert. Hier braucht es größere Anstren-

gungen und auch den Willen zu Reformen. Denn damit könnten durchaus auch Ressourcen für die Sonderschulen freigeschaufelt und die Integrationsquote erhöht werden.

Artikel 2: BIZEPS, 3.2.2012, „Inklusive Schulsysteme sind erprobt und erwiesen“. Die Vorsitzende des Monitoringausschusses reagiert mit einem Leserbrief auf den Artikel in der Tiroler Tageszeitung

www.bizeps.or.at/news.php?nr=12988

Sehr geehrte Redaktion, die erwähnte Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hält die Verbindlichkeit von Menschenrechten für Menschen mit Behinderungen fest – bezeichnend, dass das trotz diverser anderer Menschenrechtsverträge notwendig war. Auf Basis der Menschenrechte kann man davon ausgehen, dass alle Menschen zu irgendeinem Zeitpunkt eine Form von Unterstützung brauchen – auch wenn Politikberatung hochbezahlt ist und „Consulting“ flott klingt, es bleibt eine Unterstützungsleistung. Für manche Menschen kann diese höher sein und ja, viele Menschen mit Behinderungen haben einen Bedarf an Assistenz. Im Fall von Menschen mit Behinderungen das Etikett „Defizit“ zu verwenden und für alle anderen Begabungen zu vermuten, ist eine menschenrechtlich unhaltbare Sichtweise, die eines überdeutlich macht: wir brauchen eine Schule für alle. Vor allem um endlich jene soziale Fähigkeiten zu lernen, die einen selbstverständlichen Umgang mit Menschen mit Behinderungen ermöglichen. Um von vorgeblichen „Defiziten“ und vermeintlichem „Unvermögen“ endlich zu einem zeitgemäßen, menschenrechtskonformen Bild von Menschen mit Behinderungen zu kommen. Um Chancengleichheit vom Schlagwort zur Wirklichkeit für alle zu machen. Inklusive Schulsysteme sind erprobt und erwiesen (die 192 UN-Staaten einigen sich selten auf Zukunftsvisionen) und wenn es Ressourcenprobleme gibt, dann sind diese ausdiskutieren und zu lösen. Nur auf Basis von Ressourcenmangel das Modell einer Schule für alle das Wort zu reden, ist unstatthaft und – Krise hin oder her – einem der reichsten Länder dieser Welt nicht würdig. Der Monitoringausschuss wurde auf Bundesebene eingerichtet, um die Einhaltung der UN Konvention zu überwachen. Das Protokoll der öffentlichen Sitzung im Parlament zum Thema Inklusive Bildung und die darauf basierende Stellungnahme – www.monitoringausschuss.at – machen deutlich, dass menschenrechtlich eine Schule für alle, die dem möglichen Unterstützungsbedarf aller Kinder gerecht wird, das Ziel unserer Diskussionen sein muss. Damit alle Menschen in Österreich ihre Menschenrechte verwirklichen können, das Menschenrecht auf Bildung ist zweifellos ein Schlüssel dazu.

Mit freundlichen Grüßen Marianne Schulze